

DIE GUTEN INS TÖPFCHEN

**Spanien betreibt
Einwanderungspolitik
nach wirtschaftlichem Interesse
und schreckt dabei auch vor menschen-
rechtlich fragwürdigen Maßnahmen nicht zurück**

Kerstin Böffgen

■ Beim Thema Zuwanderung setzt Spaniens Regierung zunehmend auf die Zusammenarbeit mit afrikanischen Herkunftsländern und orientiert sich dabei am eigenen Arbeitskräftebedarf. Im Bestreben um eine funktionierende Abschottung einerseits und eine »geordnete« – und auch aus demographischer Sicht notwendige – Migration nach Spanien andererseits arbeitet die jüngst im März 2008 im Amt bestätigte Regierung Zapatero mit Hochdruck an einem Flickenteppich aus bilateralen Abkommen mit den Herkunfts- und Transitländern in Nord- und Westafrika – ungeachtet der Menschenrechtslage vor Ort. Es bestehen bereits Vereinbarungen mit dem Senegal, Mauretanien, Marokko, Guinea-Conakry und Guinea-Bissau, Gambia und Mali. Hierüber soll einerseits die Rückübernahme der jeweiligen Landsleute garantiert – das heißt, ihre Abschiebung aus Spanien erleichtert – werden. Viel entscheidender dürfte jedoch für die Spanier sein, dass die Verträge Maßnahmen zur Flucht- bzw. Migrationsverhinderung auf afrikanischer Seite vorsehen. Im Gegenzug verpflichtet sich Spanien gegenüber den Partnern zu einer erleichterten Visavergabe, sowie finanziellen Zuwendungen bzw. Schuldenerlassen. Im Herbst 2006 hat die EU beispielsweise der marokkanischen Regierung 76 Millio-

nen Euro für die Verschärfung der Grenzkontrollen zugesichert. Zwischen Marokko und Spanien existiert seit vielen Jahren zudem ein besonderes Rückübernahmeabkommen, das auch die Abschiebung Minderjähriger vorsieht.

GEMEINSAM GEGEN IRREGULÄRE MIGRATION

Der spanische Innenminister führte in seiner im Januar 2008 veröffentlichten »Bilanz über den Kampf gegen die illegale Einwanderung« den Rückgang der Bootsflüchtlingszahlen unter anderem auf »die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den afrikanischen Nachbarstaaten« zurück. So werden beispielsweise an der marokkanischen, mauretanischen oder kapverdischen Küste immer mehr Menschen von den jeweiligen Polizei- und Grenzkontrollen an der Ausreise gehindert. Über 8.000 waren es im Jahr 2007 laut FRONTEX allein in mauretanischen und senegalesischen Küstengewässern. Auch spanische Beamte sind vor Ort und kontrollieren – die Grenzen und vermutlich auch die Effektivität der mit spanischen Steuergeldern finanzierten Arbeit der afrikanischen Kollegen.

Unbestritten werden dadurch nicht wenige Menschen an einer Überfahrt Richtung Kanaren gehindert. Im letzten Jahr sind

nach dem »Rekordjahr« 2006 mit rund 33.000 Bootsflüchtlingen laut Innenministerium nur noch rund 12.000 angekommen, ein »Erfolg«, der auch der FRONTEX-Operation Hera zugeschrieben wird. Durch das Verschieben der Abschottungsaktivitäten und letztlich der Verantwortung auf die Transit- und Herkunftsländer wird die »irreguläre Migration« jedoch langfristig kaum verhindert werden können. Lediglich ihre (Todes-)opfer werden damit aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Was mit Flüchtlingen zum Beispiel in einem Land wie Marokko, das permanent die Menschenrechte missachtet, geschieht, interessiert anscheinend nicht. Dies zeigt unter anderem die Situation an der Grenze zu Melilla, wo spanische Polizisten zusehen, wie wehrlose Menschen bei dem Versuch, nach Spanien zu gelangen, von den marokkanischen Kollegen geprügelt und schwer misshandelt werden.

ARBEITSMIGRATION ALS ENTWICKLUNGSHILFE

Dennoch mögen auch durchaus humanitär begründete Überlegungen hinter dem Bestreben Spaniens nach einer Regulierung der Migration stehen – zumindest weiß Präsident Zapatero es so zu deklarieren. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont er, dass der Massenexodus

aus Afrika nur durch eine nachhaltige Entwicklungspolitik gestoppt werden könne. Während die meisten EU-Politiker sich im Zusammenhang mit irregulärer Migration auf immer neue Forderungen und Phantasien zur militärischen Aufrüstung der Grenzen beschränken, ermahnt Zapatero die europäischen Staaten zu mehr Entwicklungszusammenarbeit und Chancenverbesserung in Afrika, insbesondere im Arbeits- und Bildungsbereich. Neben der direkten Finanz- und Strukturhilfe strebt Spanien – wenn auch alles andere als uneigennützig – eine »indirekte« Existenzsicherung durch zeitlich begrenzte Arbeitsverträge an. So sind im Rahmen der o.a. bilateralen Abkommen auch Kontingente für eine temporäre Arbeitsmigration aus den entsprechenden afrikanischen Ländern festgelegt worden. Rund 200.000 Visa für Arbeiterinnen und Arbeiter aus »Entwicklungsländern« waren etwa im Jahr 2007 vorgesehen. Sie sollten überwiegend als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt werden. Wer sich bewährt, darf vielleicht im darauf folgenden Jahr wiederkommen. Eine Chance, dauerhaft in Spanien bleiben zu können, erhalten die Betroffenen jedoch nicht.

Noch stehen bürokratische Hürden einer reibungslosen Umsetzung dieser rotie-

renden Arbeitsmigration entgegen, es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis legal Eingereiste die »Illegale« im Inland auf dem Arbeitsmarkt abgelöst haben. Für diejenigen, die sich seit Jahren auch ohne Aufenthaltspapiere in Spanien über »heimliche« Arbeit finanzieren, wird dies wohl die Aussicht auf eine mögliche Legalisierung ihres Aufenthaltes zerstören.

KEINE ARBEIT – KEIN AUFENTHALTSRECHT

Spaniens striktere Gangart in Bezug auf eine geregelte Einwanderung geht Hand in Hand mit einer Verschärfung der Abschiebepaxis. Die Rückübernahmeabkommen mit afrikanischen Staaten haben die Abschiebezahlen von Jahr zu Jahr ansteigen lassen. Rund 56.000 waren es laut Innenministerium im Jahr 2007, davon allein 16.000 von den Kanaren aus. 33 Millionen Euro hat sich der Staat dies kosten lassen. Damit wurden u.a. 75 Flüge gechartert. Insgesamt 92 % der im gleichen Jahr aufgegriffenen »inmigrantes irregulares«, über 46.000 Menschen, wurden in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Mit über 370.000 Abschiebungen habe die jetzige Regierung, so verkündete Innenminister Rubalcaba im Januar 2008 stolz, während ihrer ersten

Legislaturperiode 43 % mehr »Illegale« aus Spanien abgeschoben als die Vorgängerregierung. Rubalcaba macht auch keinen Hehl daraus, dass mit der verschärften Abschiebepaxis ein zusätzlicher Abschreckungseffekt bei »Migrationswilligen« in den Herkunftsländern erzielt werden soll.

Offensichtlich hat sich nicht nur das politische Vorgehen bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht »Papierloser« verschärft, sondern auch das Vorgehen der beteiligten Polizisten: Im Sommer 2007 erstickte ein 23-jähriger Nigerianer während seiner gewaltsamen Abschiebung an einem widerrechtlich angelegten Knebel kurze Zeit nach dem Abflug. Da er sich nach Angaben der verantwortlichen Polizeistelle in Madrid gegen seine Abschiebung gewehrt haben soll, war er zuvor gefesselt und geknebelt worden. Osamuyi Aikpitanyi ist das erste Todesopfer einer Abschiebung unter spanischer Regie. Gleichzeitig ist er einer von Tausenden Menschen, denen die rigorose, menschenrechtswidrige Flüchtlings- und Migrationsabwehrpolitik im Süden Europas zum Verhängnis geworden ist. ■



Afrikanische Arbeiter in den Gewächshausanlagen bei Almería